

Hier herrscht Klassenkampf

In der Arbeiterstadt Bitterfeld ist die AfD stärkste Partei. Ihre Wähler haben nicht nur mit Flüchtlingen ein Problem, sondern auch mit dem Kapitalismus

Von Caterina Lobenstein, DIE ZEIT, 05.01.2017

Wenn der AfD-Politiker Daniel Roi erklären will, warum die Leute in seinem Wahlkreis so wütend sind, fährt er nicht zum Flüchtlingsheim. Er fährt zum See. Das Wasser schimmert dunkel, am Ufer stehen Picknickbänke, auf den Parzellen der Dauercamper überwintern Paddelboote. Daneben wirbt der Wassersportclub: »Segeln muss nicht teuer sein.«

Goitzsche heißt der See, er liegt am Rande von Bitterfeld-Wolfen, einer Stadt im Südosten Sachsen-Anhalts. In den Sommerferien breiten die Leute hier ihre Handtücher aus, baden, paddeln, fahren Wasserski.

Es ist ein Mittwoch im Dezember, Roi trägt den Kragen seines Wintermantels nach oben geklappt, den schwarzen Bart akkurat getrimmt. Er ist 29, einer der wenigen Jungen, die nicht nur hier geboren, sondern auch hier geblieben sind. Mit zehn Jahren trat er in die freiwillige Feuerwehr ein. Mit 18 gründete er seine erste Bürgerinitiative. Mit 25 wurde er Mitglied der AfD. Bei den Landtagswahlen im März 2016 bekam er 31 Prozent der Stimmen, so viele wie kein anderer Kandidat in seinem Wahlkreis. Das hat nicht nur, aber auch mit dem See zu tun.

Früher, als Roi ein Kind war und die Mauer noch stand, dröhnten hier die Bagger. Früher lag hier eines der größten Braunkohlereviere der DDR. Dann brach die DDR zusammen und mit ihr die Industrie, und aus dem Tagebau wurde ein Badesee. Böden wurden gereinigt, Krater geflutet, Böschungen bepflanzte. Spazierwege asphaltiert, Parkplätze gebaut. Mehr als 200 Millionen Euro gab der Staat dafür aus,

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Fördermittel vom Bund, vom Land, von der EU – Steuergeld. Vor drei Jahren aber verkaufte die Stadt Bitterfeld-Wolfen große Teile des Sees an eine private Firma, für nur 2,9 Millionen Euro. Die Firma heißt Blausee, sie hat sich auf die Privatisierung von Landschaften spezialisiert und dem Staat schon einige Seen abgekauft. Sie gehört den Erben des Pharmaunternehmers und Multimilliardärs Adolf Merckle.

»Die Gesellschaft hat dafür bezahlt, dass der See hübsch wird«, sagt Roi. »Und wer profitiert davon?« Er zeigt auf ein abgezauntes Stück Ufer. Dort, hinter mannshohem Schilfgras, liegen zwei Hausboote mit großen Dachterrassen, gebaut aus Glas und hellem Holz, mit exklusivem Zugang zum See. In einer Bootsgarage liegt aufgebockt eine verchromte Motorjacht. Am Zaun steht: »Privatgrundstück, Betreten verboten.« Etwas weiter nördlich, auf einer lieblichen Halbinsel, planieren Raupen das Ufer. Dort wird ein Villenviertel gebaut, direkt am Wasser. »Milliardäre«, sagt Roi. Er sagt es so, dass es wie ein Schimpfwort klingt.

Nirgendwo erhielt die AfD bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt so viele Stimmen wie in Bitterfeld-Wolfen. In den Tagen nach der Wahl kamen Reporter in die Stadt, aus Hamburg und Berlin, aus Großbritannien und den USA. Sie wollten wissen, warum so viele Leute hier der AfD ihre Stimme gegeben hatten. Sie filmten auf dem Marktplatz, sie zeigten Menschen, die graue Jogginghosen trugen und fettige Bratwurst aßen, die Flüchtlinge »Neger« nannten und Politiker »Verbrecher«. Das war die Realität. Aber nur die halbe Wahrheit.

Längst stärkt sich die AfD nicht mehr nur am Hass auf die Fremden und an der Wut auf die Kanzlerin. Mehr als jede andere Partei profitiert sie vom Riss, der durch Deutschland geht: zwischen Arm und Reich, zwischen Stadt und Land, zwischen globalen Wirtschaftseliten und dem kleinen Mann aus der Provinz. AfD-Politiker wie Roi empören sich über die Aufnahme von Flüchtlingen genauso wie über die Steuervermeidungstricks großer Konzerne und die Privatisierung öffentlicher Güter, über Unternehmen, die vom deutschen Staat mit Millionen gefördert werden und ihre Fabriken ins Ausland verlagern.

Einfaches Volk gegen globales Kapital – mit dieser Formel gewinnen die Rechten im vormals linken Arbeitermilieu Stimmen, überall in Europa. Im deindustrialisierten Norden Englands und im ländlichen Polen, im Osten Deutschlands

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

und im Süden Frankreichs. Die Front-National-Chefin Marine Le Pen tritt als Kämpferin für die französische Arbeiterklasse auf. Der österreichische Beinahe-Präsident Norbert Hofer von der FPÖ gibt sich als Verteidiger der von Abstiegsängsten geplagten Arbeiterschaft. Und die AfD baut im Ruhrgebiet eine Arbeitnehmerorganisation auf, um SPD und Linken Wählerstimmen abzuja-gen, im einst roten Pott, im Milieu der Kohlekumpel und Stahlarbeiter.

In der Arbeiterstadt Bitterfeld ist das gar nicht mehr nötig. Die SPD kam hier bei der Landtagswahl auf acht Prozent der Stimmen. Die Linkspartei sackte ab auf 13 Prozent, was für ostdeutsche Verhältnisse ein desaströses Ergebnis ist. Und auch wenn bei der jüngsten Bürgermeisterwahl nicht die AfD gewann, sondern der von einem breiten Bündnis unterstützte Kandidat der CDU: Die Alternative für Deutschland könnte in Bitterfeld bei der Bundestagswahl im September die großen Parteien hinter sich lassen.

Daniel Roi steigt in seinen grauen Škoda. In der Türablage steckt ein AfD-Flyer, ein Faltblatt für den Wahlkreis. Das Wort »Flüchtlinge« taucht darin kein einziges Mal auf. Stattdessen geht es um benachteiligte Rentner, um Kürzungen bei der Feuerwehr, um Arbeiterviertel, die abgerissen, und Schulen, die geschlossen werden. Roi sagt, er habe Angst um sein Land. Wenn er erklärt, warum, spricht er weniger über Identitäts-, eher über Verteilungsfragen. Wenn er »die da oben« sagt, meint er mächtige Politiker, aber auch mächtige Konzerne. Er meint Merkel *und* Merckle. »Die da oben«, sagt Roi, »das sind die, die die Goitzsche kriegten.«

Roi tritt aufs Gas. Er lässt den See hinter sich und fährt zum Industriegebiet, dorthin, wo zu DDR-Zeiten das Chemiekombinat von Bitterfeld und Wolfen die Luft vergiftete und nach der Wiedervereinigung große Konzerne ihre modernen Produktionshallen bauten. Roi fährt vorbei an der schneeweißen Fabrik des Pharmariesen Bayer, der in Bitterfeld Aspirintabletten produziert. An der gelb-grauen Halle des Unternehmens Heraeus, das hier Quarzglas herstellt. Am Schmelzofen von Guardian Industries, einem Konzern aus den USA, der Glasplatten baut.

Hier sieht Bitterfeld aus wie ein kleines Wirtschaftswunder. Wo einst marode Fabriken standen, wird heute nach hohen Umweltstandards produziert. Wo nach dem Zusammenbruch der DDR-Industrie Zehntausende Menschen ihren Job verloren, ist

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

die Arbeitslosenquote mittlerweile wieder gesunken: von mehr als 20 Prozent im Jahr 2003 auf weniger als acht Prozent im Jahr 2016. Die Löhne in der Chemiebranche, dem wichtigsten Wirtschaftszweig der Region, steigen. »Die Wirtschaft brummt«, sagt die Oberbürgermeisterin der Stadt. »Wir sind auf Erfolgskurs«, sagt der Chef der örtlichen Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Der AfD-Abgeordnete Daniel Roi sagt: »Was ist mit denen, die vom Erfolg nichts abbekommen?«

Entlang der Straße verläuft ein überirdisches Röhrensystem, ein Geflecht aus bunten Pipelines, die Wasserstoff und Chlorgas von Fabrik zu Fabrik befördern. Wie ein Gefäßsystem durchziehen sie die Stadt, versorgen die Fabriken mit Chemikalien, so wie die Fabriken die Stadt mit Arbeitsplätzen versorgen sollen. Das zumindest war mal der Plan.

Viele gut bezahlte Fachkräfte aber, die bei Bayer oder Guardian arbeiten, leben nicht in Bitterfeld, sie wohnen in Halle oder Leipzig – und geben dort das Geld aus, das sie in Bitterfeld verdienen. Auch die Arbeitslosenzahlen erscheinen bei näherem Hinsehen nicht mehr ganz so rosig: Viele Menschen sind einfach in Rente gegangen oder weggezogen. Und wer hier von wem profitiert, die Stadt von den Konzernen oder die Konzerne von der Stadt, das ist umstritten. »Bayer erwirtschaftet Riesengewinne, zahlt aber kaum Gewerbesteuer«, sagt Kay-Uwe Ziegler, ein AfD-Kollege von Daniel Roi aus Bitterfeld. Weder Bayer noch die Stadt wollen sich dazu äußern: Steuergeheimnis. Aber ein Linken-Politiker aus dem Stadtrat sagt, die Gewerbesteuern, die Bayer zahlt, seien tatsächlich »nicht so dolle«, das sei ein »offenes Geheimnis«. Mehr will er nicht sagen, man wolle es sich nicht verscherzen mit einem so wichtigen Konzern.

Fest steht: Nur weil die Wirtschaftsstatistiken nicht schlecht aussehen, geht es hier noch lange nicht allen gut. Im Herbst 2016 befragte das Meinungsforschungsinstitut Allensbach die Wähler. Bei der AfD sagten 38 Prozent ihrer Anhänger, sie zählten sich »zu denen, die zurückbleiben, während es vielen anderen in Deutschland immer besser geht«. Mehr als in jeder anderen Partei.

In einem Wohnblock nahe dem Industriegebiet, in einer kleinen Wohnung mit Laminatfußboden, wohnt Diana Riemann. Auf der Sofalehne sitzt ein Harlekin, in der Schrankwand ein Engel aus Porzellan. Auf dem gläsernen Couchtisch, zwischen

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Fernsehzeitung und *Wochenspiegel*, liegt eine hellblaue Broschüre: das Parteiprogramm der AfD. Im September 2017, bei der Bundestagswahl, will Riemann wählen gehen. Zum ersten Mal seit fast zwei Jahrzehnten.

Diana Riemann heißt eigentlich anders, sie will nicht, dass man sie erkennt, sie fürchtet, sie könnte dann ihren Job verlieren. Riemann arbeitet nicht bei Bayer, wo es gute Löhne gibt und einen starken Betriebsrat. Sie arbeitet bei Soex, einer Firma, die Altkleider recycelt. 700 Männer und Frauen sortieren dort Mäntel, Hosen, T-Shirts, Schuhe. In drei Schichten, rund um die Uhr. Acht Stunden täglich, sagt Riemann, stehe sie zwischen fiependen Gabelstaplern und wummernden Pressen, in gebückter Haltung. Über den Tischen hängen Monitore, die anzeigen, ob die Arbeiter ihre Norm erfüllen, je nach Abteilung sind das bis zu zwei Tonnen Kleider pro Tag.

Die Kleider, die Riemann sortiert, stinken. Die Luft, die sie atmet, ist staubig. Die Arbeit, die sie macht, monoton. »Greifen, greifen, greifen«, sagt sie, dabei öffnet und schließt sie beide Fäuste. Riemanns Mittelfinger ist krumm. »Schnappfinger«, sagt sie und lässt den Finger nach vorn schnellen. Entzündete Sehnen und chronische Rückenschmerzen, das sei der Preis, den sie für ihre Arbeitsstelle zahle. Wenn sie Frühschicht hat, steht sie um zehn vor vier auf. Wenn sie nach Hause kommt, ist sie kaputt. Guckt um drei viertel sieben die RTL-Nachrichten. Fällt spätestens um halb neun ins Bett.

Riemanns Einkommen liegt knapp über dem Mindestlohn. Sie bekommt kein Urlaubs- und kein Weihnachtsgeld. Sie hat drei Wochen Ferien, aber darf nicht entscheiden, wann. Den größten Teil ihres Urlaubs müssen die Soex-Mitarbeiter im Juli nehmen, wenn die Maschinen gewartet werden. Im Juli aber ist Hochsaison – und fast jede Urlaubsreise zu teuer.

Riemann sagt, wenn sie irgendwas Besseres fände, einen Job im Handel vielleicht, an der Kasse bei KiK oder Edeka, dann wäre sie sofort weg. Dass viele Unternehmen Fachkräfte suchen, dass die Arbeitslosenquote sinkt und die Steuereinnahmen steigen – all das hat Riemann schon mal gehört. Aber sie spürt es nicht. Für sie fühlt sich das Jahr 2016 immer noch so an wie das Jahr 2003.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Damals war in Sachsen-Anhalt jeder Fünfte ohne Job, und viele, die einen hatten, fühlten sich austauschbar. Es war die Zeit der Massenarbeitslosigkeit, der Sparprogramme und Agenda-Reformen. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung kürzte die Arbeitslosenhilfe, sie lockerte den Kündigungsschutz und ließ die Bedürftigkeit von Sozialhilfeempfängern akribisch prüfen. Das sollte die Wirtschaft stärken und das Land für die Globalisierung und den demografischen Wandel wappnen. Am Ende sollten die Reformen allen zugutekommen.

Noch tiefere Einschnitte forderte damals die CDU. Im Jahr 2003 hielt sie nicht weit von Bitterfeld entfernt einen Parteitag ab. Auf der Bühne stand eine Frau im Hosenanzug. Mit fester Stimme forderte sie einen »Befreiungsschlag zur Senkung der Arbeitskosten«. Sie schlug Arbeitern wie Diana Riemann einen Deal vor: Sie versprach ihnen »Wohlstand und Sicherheit« und forderte dafür »Veränderungsbereitschaft und Leistung«. Die Frau hieß Angela Merkel, und der Leipziger Parteitag der CDU gilt heute als marktradikale Zäsur in der Geschichte der Union. Leistungsbereitschaft zeigen. Eigenverantwortung stärken. Gürtel enger schnallen. Das war der Sound der nuller Jahre. Der Imperativ der Rezession.

Zwölf Jahre später, im August 2015, stand die Frau im Hosenanzug wieder vor den Fernsehkameras. Sie war jetzt Bundeskanzlerin. Es war die Zeit, in der Hunderttausende Flüchtlinge über den Balkan kamen und Schutz in Deutschland suchten, Menschen, von denen die meisten zunächst von Sozialleistungen oder einfachen Jobs leben würden. Merkel schien milder als sonst, wie verwandelt. Sie sprach von Mitgefühl, appellierte an die Deutschen, sich nicht von Vorurteilen und »Kälte im Herzen« leiten zu lassen und die Flüchtlinge willkommen zu heißen. Sie sagte: »Unsere Wirtschaft ist stark, unser Arbeitsmarkt ist robust, ja sogar aufnahmefähig.« Und dann sagte sie das, was Diana Riemann bis heute nicht versteht. Sie sagte: »Wir schaffen das.«

Wenig später standen in der Fabrikhalle von Soex die ersten Flüchtlinge an den Tischen und sortierten alte Kleider. Soex ist einer der wenigen Betriebe in der Gegend, die Flüchtlingen überhaupt Arbeit bieten, die Lokalzeitung hat darüber mit lobenden Worten berichtet. Diana Riemann kramt ihr Smartphone hervor und zeigt ein Handyfoto aus der Fabrik: Ein kahler Raum mit rot kariertem Teppich, auf dem Boden

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

liegt ein Koran. Vor Kurzem, erzählt sie, habe die Betriebsleitung von Soex den Flüchtlingen einen Gebetsraum einrichten lassen. »Wenn ich sagen würde: Ich geh mal kurz beten – da würde ich meinen Job verlieren«, sagt sie. »Ich traue mich kaum, auf Toilette zu gehen, weil ich dann meine Norm nicht schaffe.« Fragt man beim Pressesprecher von Soex, ob es stimmt, dass deutsche Mitarbeiter strenger behandelt werden als Flüchtlinge, sagt er, er wolle das nicht kommentieren.

Diana Riemann sagt, die Flüchtlinge würden von der Schicht freigestellt, wenn sie zum Sozialamt oder zur Ausländerbehörde müssten. Auch sie habe früher mal aufs Amt gemusst, um Wohngeld zu beantragen. »Das durfte ich nicht in meiner Arbeitszeit machen«, sagt sie. Das Wohngeld hätte Riemann damals dringend gebraucht, aber sie hat es nicht bekommen. Sie verdiente dafür ein paar wenige Euro zu viel.

Wirtschaftspolitische Debatten hörten sich in den vergangenen Jahren oft so an, als gebe es in Deutschland bloß Fachkräfte, die sich vor Jobangeboten nicht retten können, und Unternehmen, deren wichtigstes Anliegen die Work-Life-Balance ihrer Mitarbeiter ist. Als gehe es nur noch um die Frage, wann deutsche Firmen endlich mehr Frauen in ihre Chefetagen lassen – und Flüchtlingen Arbeit geben. Selten ging es um jene, die angesichts der guten Konjunktur leicht übersehen werden: Menschen, die arm sind, obwohl sie arbeiten. Menschen, die auch im Jahr 2016 um ihren Job fürchten. Menschen, die nicht im Wirtschaftswachstumsdeutschland leben, sondern in hoch verschuldeten Kommunen. Jahrelang blieben sie stumm. Nun sehen einige von ihnen in der AfD eine Partei, die ihnen eine Stimme gibt. Und in den Flüchtlingen eine Minderheit, die das Mitgefühl einer einst von sozialer Kälte geprägten Kanzlerin absorbiert. Seitdem entlädt sich die Wut.

Diana Riemann geht in die Küche, um frischen Kaffee zu holen. Als sie zurückkommt, sagt sie: »Dem Viehzeug steckt das Sozialamt Zucker in den Arsch.«

Wem?

»Dem Viehzeug.« Sie macht eine Pause. »Den Ausländern.«

Sind das keine Menschen?

»Nein.« Riemann schenkt Kaffee nach. »Noch einen Windbeutel?«, fragt sie.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Das, was an diesem Dezembermittwoch an Diana Riemanns Kaffeetafel geschieht, lässt sich täglich tausendfach beobachten: in den Kommentarspalten der Online-Medien, auf den Facebook-Profilen der Politiker. Auch auf dem Profil des AfD-Abgeordneten Daniel Roi. Er postet dort Fotos von sich: Roi vor dem Landtag in Magdeburg, Roi bei der freiwilligen Feuerwehr, Roi auf einer Gewerkschaftsdemo. Manchmal teilt er Artikel von Nachrichtenportalen, meist geht es darin um ausländische Terroristen und Straftäter. Um den tunesischen Attentäter zum Beispiel, der mit einem Lkw in den Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche raste. Oder um die jungen syrischen Flüchtlinge, die einen Obdachlosen angezündet haben sollen. Rois Facebook-Freunde schreiben dann Kommentare wie:

»Der Islam ist widerlich, mit allem, was dazugehört.«

»Ratten gibt es nicht nur in der Kanalisation, sie sind mitten unter uns.«

»Man kann nicht alle über einen Kamm scheren, aber bei Vogelgrippe wird auch der komplette Bestand vernichtet. Warum? Weil es besser ist!«

Roi lässt das alles so stehen. Er sagt, er habe keine Zeit, sich die Kommentare genau anzuschauen.

Fragt man Diana Riemann, woher der Hass kommt, der an diesem Nachmittag aus ihr herausbricht, spricht sie von Enttäuschungen und Entbehrungen, die schon an ihr zehrten, bevor der erste Flüchtling in der Fabrik von Soex stand.

Der Deal, den Angela Merkel auf dem Leipziger Parteitag vorschlug, die neoliberale Wunderformel, wonach die, die etwas leisten, am Ende davon profitieren, sie geht für Riemann nicht auf. Sie habe einen Beruf gelernt, sei stets flexibel gewesen, sagt sie, sie habe sich angestrengt. Doch sie bekommt dafür keinen Wohlstand und auch keine Sicherheit. Während die Löhne von Arbeiterinnen wie ihr über Jahre stagnierten, erhielten andere lange Zeit immer mehr, obwohl sie Fehler machten: die Banker, deren Institute in der Finanzkrise mit Milliarden vom Staat gefüttert wurden. Die Konzernchefs, die ihre Kunden täuschten und trotzdem Boni kassierten.

Jetzt, da Merkel die Flüchtlinge »eingeladen« hat, so formuliert es Riemann, fühlt sie sich doppelt betrogen. Sie sagt, sie habe Angst, dass sie ihre Arbeit verliert –

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

und dann mit noch mehr schlecht ausgebildeten Menschen um die verbliebenen Jobs konkurriert. Neulich, erzählt sie, habe sie am Schwarzen Brett von Soex einen Aushang entdeckt: Das Unternehmen baut jetzt eine Fabrik in Abu Dhabi. Seitdem glaubt Riemann, dass die Fabrik in Bitterfeld bald schließen könnte. Sie ist mit ihrer Angst nicht allein.

Im Sommer 2016, wenige Monate nach dem Wahlsieg der AfD in Bitterfeld, führten Sozialforscher der Universität Oxford im Auftrag der Bertelsmann Stiftung eine Umfrage durch. Sie wollten wissen, warum so viele Menschen in Europa rechtsnationale Parteien wählen. Das Ergebnis war überall gleich. Die Anhänger der deutschen AfD und der österreichischen FPÖ, der britischen Ukip und des französischen Front National, sie alle einte dasselbe Gefühl: die Angst vor der Globalisierung. In Deutschland gaben 78 Prozent der AfD-Anhänger an, sich davor zu fürchten (siehe Grafik).

Als die ausländischen Konzerne nach Bitterfeld kamen, versprach Helmut Kohl blühende Landschaften. Als die Flüchtlinge nach Bitterfeld kamen, versprach Angela Merkel, dass Deutschland das schafft. »Kohl hat uns verarscht, und Merkel hat vergessen, wo sie herkommt«, sagt Riemann. »Die war doch mal eine von uns. Die müsste wissen, dass wir im eigenen Land noch viel zu viele Missstände haben, gegen die nichts getan wird.«

In Bitterfeld werden die Bedürfnisse der Bürger mit dem immergleichen Satz gestutzt: Es gibt kein Geld. Nicht für Schulen und Altenheime. Nicht für kaputte Straßen und Spielplätze. »Wenn ich dann höre: Für die Flüchtlinge sind Milliarden da – das beißt sich doch«, sagt Riemann.

Bitterfeld-Wolfen ist die am höchsten verschuldete Kommune in Sachsen-Anhalt, ein extremes Beispiel für ein verbreitetes Problem: Während die deutsche Volkswirtschaft insgesamt prächtig gedeiht, geht es einzelnen Kommunen miserabel. Nicht nur in Ostdeutschland, auch im Ruhrgebiet, in Rheinland-Pfalz, im Saarland. Wie verzweifelt diese Kommunen um die Gunst der Konzerne buhlen – und wie machtlos sie gegenüber den Gesetzen der Globalisierung sind –, kann man in Bitterfeld-Wolfen sehen.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Auf einem Acker am Rande der Stadt liegt ein modernes Fabrikgelände, mit Hallen, groß wie Fußballfelder, mit Bürotürmen aus Glas und Beton. Das Fabriktor steht offen, das Pförtnerhäuschen ist leer. Auf den Parkplätzen wuchert Unkraut. Große Schilder säumen die Straße: »Produktionshallen zu vermieten«.

Hier blühte bis vor wenigen Jahren die Hoffnung Ostdeutschlands: ein Fabrikpark, in dem Tausende Arbeiter Solarzellen bauten und in die ganze Welt exportierten. »Solar Valley« nannten die Bitterfelder das Gelände, und damals fühlte es sich an, als habe es die Region endlich geschafft. Die Firmen, die hier produzierten, klangen nach Zukunft, sie hießen Q-Cells und Sovello, Solibro und Calixo. Die Stadt hatte heftig um sie geworben, mit niedrigen Steuerhebesätzen und hochflexiblen Arbeitskräften, mit millionenschweren Fördersummen und einer Autobahnzufahrt, die eigens für den Solarpark gebaut wurde. Die Bundesregierung setzte noch einen drauf: Mit Subventionen für Solarstrom sorgte sie dafür, dass die Nachfrage nach Solarzellen stieg. Die Unternehmen kamen – und brachten Tausende Jobs.

Es dauerte nicht lange, bis Konzerne aus China die gleichen Solarzellen billiger produzierten, bis sie die Firmen aus Bitterfeld schluckten und die Arbeitsplätze nach Asien verlegten. Tausende Menschen aus der Region verloren ihren Job. »Das war Kahlschlag«, sagt Daniel Roi. Er glaubt, dass es mit den Konzernen ähnlich ist wie mit dem Goitzsche-See: dass der Staat Millionen ausgibt, um es ihnen hübsch zu machen. Aber dass die Allgemeinheit am Ende nicht viel davon hat. »Das kapitalistische System, das keine Schranken mehr hat, ist gescheitert«, sagt er.

Heute zweifeln viele Bitterfelder an den Segnungen der Globalisierung – und an der Macht des Staats: Warum beschützt die Bundesregierung sie nicht vor den chinesischen Konzernen? Warum subventioniert sie den Absatz von Solarzellen, die nicht von deutschen, sondern vor allem von asiatischen Arbeitern gefertigt werden? Hatte Merkel nicht versprochen, dass sie für Wohlstand und Sicherheit sorgen würde, wenn die Menschen nur flexibel und fleißig wären?

Seit je haben sich die Bitterfelder den Bedürfnissen der Unternehmen angepasst, sie haben ihr Leben nach dem Rhythmus der Fabriken getaktet. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft wirbt mit der »hohen Chemieakzeptanz« in der Bevölkerung und ihrer »Gewöhnung an das Dreischichtsystem«. Die Stadt hat ihre

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Straßen nach den Unternehmen und ihren Produkten benannt: Heraeusstraße, Guardianstraße, Stickstoffstraße, Farbstoffstraße. Sie hat sich sogar selbst aufgegeben, um noch mehr Firmen anzulocken. Im Jahr 2007 gab es eine Kreisreform, Bitterfeld wurde mit der Nachbarstadt Wolfen zusammengelegt, gegen den Willen der Bürger. So machen es viele Kommunen hier: Sie verschmelzen, damit sie sich als Standort besser vermarkten können. Sie rücken zusammen, damit man nicht sieht, wie schnell sie schrumpfen und altern. Seitdem haben viele ostdeutsche Städte, was sonst nur Wessis im Namen tragen: einen Bindestrich. Dessau-Roßlau. Bitterfeld-Wolfen.

Es gab in all den Jahren immer wieder Konzerne, die Jobs nach Bitterfeld brachten, aber nie waren diese Jobs sicher. Es gab Lokalpolitiker, die Unternehmen bewusst anlockten. Aber dass sie auch blieben, stand außerhalb ihrer Macht.

Die AfD hat keine Lösung für dieses Problem. Ihr wirtschaftspolitisches Programm ist dünn und unscharf, manches liest sich wie Klassenkampf, anderes klingt marktradikal. Eines aber kann sie: Sie hört Leuten wie der Soex-Arbeiterin Diana Riemann zu. Sie kennt ihre Not. Sie kanalisiert ihre Wut. Meist in die einfachste aller möglichen Richtungen: nach unten. Gegen die Flüchtlinge. Gegen die, die noch weniger haben.

Fragt man Diana Riemann nach der SPD und der Linkspartei, denkt sie an Politiker, die sie aus dem Fernsehen kennt und deren Sprache sie nicht versteht. Fragt man sie nach der AfD, denkt sie an Daniel Roi. Sie hat ihn auf einer Demo kennengelernt, sie protestierten gemeinsam gegen die Schließung eines Kindergartens. Sie erzählte ihm von ihren Sorgen, er gab ihr seine Handynummer.

Roi spricht ihre Sprache, den harten Dialekt, der im Süden Sachsen-Anhalts verbreitet ist. Er ist hier geboren, in Wolfen-Nord, einer Arbeitersiedlung, in der Ende der achtziger Jahre rund 35 000 Menschen lebten. Heute wohnen dort noch 8000, die meisten sind Rentner. Roi steuert seinen Škoda vorbei an den Plattenbauten, am Kaufland und am Nettomarkt, dann steigt er aus dem Auto, läuft durch die grauen Häuserschluchten. Omas schieben ihre Rollatoren über den aufgeplatzten Asphalt, neben einem riesigen Schutthaufen zermalmen Abrissbagger den Waschbeton entkernter Plattenbauten. Bauarbeiter schleppen die Eingeweide der Häuserblocks nach draußen: Heizungsrohre, Kloschüsseln, Dämmplatten. Vor ein paar Jahren

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

erhöhte die städtische Wohnungsbaugesellschaft hier die Mieten, obwohl das Viertel im Sterben lag. Ein paar Bewohner gründeten daraufhin eine Mieterinitiative. Deren Chef sitzt heute im Kreisvorstand der AfD.

Später führt Roi durch die Altstadt von Bitterfeld. Dort haben Einzelhändler den »Innenstadtverein« gegründet. Sie beschwerten sich, dass in der Altstadt die Geschäfte leer stehen und rings um Bitterfeld große Einkaufszentren gedeihen. Sie klagen über Abgaben, die sie leisten müssen, und über globale Modeketten, die in Deutschland kaum Steuern zahlen. Sie schimpfen auf Internetriesen wie Amazon, die ihnen das Geschäft versauen. Der Vorsitzende des Vereins will nächstes Jahr für den Bundestag kandidieren. Für die AfD.

Daniel Roi schlendert über den Marktplatz. Immer mittwochs ist Wochenmarkt. Dann gibt es Käse aus Holland und Thüringer Roster im Brötchen, für 1,80 Euro das Stück. Mittendrin, neben der Geflügeltheke, hat eine Partei ihren Stand aufgebaut, als einzige weit und breit. Es ist die AfD.